

Halbesche Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Halbesche Zeitung“ erscheint an jedem Werktag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Post beträgt 2.00 Reichsmark, durch Raubposten ohne Zeitungssteuer 1.80 Reichsmark, durch die Post 2.10 Reichsmark, zu 26 Pfennige zu je 10 Nummern. Einmalige Anzeigenannahme: je nach der Veranlassung. Die Anzeigen werden nach Reichs-Preisen berechnet. Die Zeitungen werden nach Reichs-Preisen berechnet. Die Zeitungen werden nach Reichs-Preisen berechnet.

Neues in Kürze.

Drachmelbinnen und Radtelekammern.
Montag nachmittag fand beim Reichsanwalt eine Besprechung statt, an der auch mit Ausnahme des in Königsberg weilenden Außenministers sämtliche Staatsminister und Staatssekretäre teilnahmen. Nach dieser Besprechung wurde über die bevorstehende längere Zeit beim Reichsanwalt. Den Berliner Besprechungen haben die Besprechungen im Kaiserpalast Anschluss gegeben in dem Gesicht, das ein neuer Kurs der Reichsregierung bevorsteht, je sogar in den Grundlinien bereits festgelegt ist. (?)

Innenpolitisch ist heute der Vorschlag der sozialdemokratischen Fraktion zur Erweiterung der Kreise Letow und Niederbrunn zu werden, in denen die Wiederbildung der Großen Koalition mit der Deutschen Volkspartei abgelehnt und die Erweiterung der Regierungsbeteiligung im Reich durch ein sozialistisches Kabinett gefördert wird.

Die Steigerung der Lebensmittelpreise am Wochenende brachte wieder eine allgemeine Erhöhung von generell sechs Prozent. Lediglich einige Fleischsorten zeigten Rückgänge im Preise. Die Besprechung des Reichsanwalts mit den Gewerkschaften ist nunmehr auf kommenden Sonntag festgelegt worden.

Auf Grund der Verordnung über Handelsbeschränkungen hat der Reichsanwalt seine Forderungen gegen den Reichsanwalt und Kaufmannsverein Leiter gegen den größten Berliner Geschäftsbereich, die gewisse Fleischsorten 40 bis 60 Pfennig über den Tagespreis verkauft hat, die Handelsunterlage ausgedrückt.

Am gestrigen Tage wurden zwei Säckerarten und drei Schichtarten in Berlin plötzlich wegen Preisrückgangs verboten. Unter den betroffenen Geschäften befindet sich dem „Lokalzeitung“ zufolge eine Großschlachterei.

Wegen der Schulbuchmaßnahmen der gegenwärtigen Schermer Regierung hat das Gewerkschaftsamt Schermer auf Anregung der kommunikativen Landtagsfraktion beschlossen, durch Volksabstimmung die Auflösung des jetzigen Landtags zu fordern.

Die Deutschösterreichischen, Nationalsozialisten und die Wirtschaftlichen der Reichsregierung haben zum Kultusrat einen gemeinsamen Antrag eingebracht, auf das Ministerium dahin einzuwirken, das jeder Studierende der Geschichts- und der deutschen Sprache bei der Prüfung ausreichende Kenntnisse in der deutschen Vorkurschicht nachzuweisen hat. Ferner soll deutsche Vorkurschicht für alle Schulen als Unterrichtsfach eingeführt und die Geschichts- für deutsche Vorkurschicht an den preussischen Universitäten vermehrt und nach Breslau, Bonn, Kiel und Göttingen Professoren für deutsche Vorkurschicht berufen werden.

Am 8. und 9. November findet in Köln der diesjährige Bundeskongress des Reichsbundes der höheren Beamten statt, der mit rund 10000 Teilnehmern statt. Die Beamten der Reichsregierung des Reiches, der Länder und der Gemeinden umfasst. Auf dem Programm stehen u. a. Vorträge über die Besoldungsfragen und über wirtschaftliche Fortbildung.

Der Allerheiligentag, der im katholischen Rheinland besonders feiert wurde, hatte große Menschenmengen ins Rheinland gelockt, die dort die Gräber ihrer Angehörigen besuchen wollten. Die französische Kriminalpolizei übte deshalb eine starke Überwachung der Grenzstellen aus und hat zahlreiche Personen festgehalten, die keine oder ungenügende Ausweispapiere bei sich hatten.

Wie aus dem besetzten Gebiet heute gemeldet wird, zeigt der Großteil der französischen Vorkurschicht durch Zirkulare an, dass die deutschen Betriebe am 1. Januar geschlossen werden.

Auf dem Pariser Friedhof St. Dangeur-Montagne fand gestern mittag vor den deutschen Kriegsgewandenen eine Gedenkfeier statt, an der außer dem deutschen Reichsanwalt die Mitglieder und Beamten des Reichsanwalts, sowie die Beamten der deutschen Dienststellen in Paris, Vertreter der deutschen Presse und deutsche Franzosen teilnahmen.

Die Londoner „Daily Mail“ meldet, dass man sich von den Spaniern zum dritten Male geeinigt hat. Wie es die Verbindung wieder eingeleitet, was auf wichtige Grenzfragen schließen lässt.

Die römische „Agenzia Stefani“ berichtet, dass nach Unterzeichnung des deutsch-italienischen Handelsvertrages die italienische Regierung neue Handelsverträge mit Spanien, Litauen und Griechenland vorbereite.

Sieg der Sozialisten in England.

Englische Gemeinderatswahlen.

London, 3. November.

Bei den Gemeinderatswahlen in 300 Städten und Gemeindegemeinden von England und Wales sind nach den bisherigen Ergebnissen, wie „Morning Post“ berichtet, folgende Gewinne und Verluste der verschiedenen Parteien zu verzeichnen:

Sozialdemokraten: Gewinne 25, Verluste keine.

Nationalproletarier: Gewinne 4, Verluste 2, Fortschrittsler: Gewinne 6, Verluste 6.

In sämtlichen Bezirken haben die Konservativen 26 Siege gewonnen und 49 verloren; die Sozialdemokraten: 73 Siege gewonnen und 25 verloren. Die Liberalen 13 Siege gewonnen und 33 verloren.

Eine große Anzahl von Ergebnissen wird erst im Laufe des heutigen Tages bekanntgegeben.

Die Wahlergebnisse sind auch für uns Deutsche von allergrößter Bedeutung: Die englischen Konservativen — die heute noch die Regierung führen und deren Herrschaft durch den großen Gemeindevorstand der Sozialisten (labour party) auch im Parlament stark erschüttert ist — sind:

1. Anhänger der Militärpolitik (Moskoffrage, Chinfrage, Ausbau der Flottenbasis in Singapur, Verklärung der Flotte und Luftflotte, Abschaffung).

2. Anhänger der Politik der Verhinderung mit Frankreich um jeden Preis und Gegner feiner, gleichberechtigter Entschlossenheit Deutschlands (die auch durch die Locarnoverträge nicht gewährleistet ist).

3. Anhänger der Schutzpolitik, durch die insbesondere auch die deutsche Wirtschaftsentwicklung (trotz des beiderseitigen Handelsvertrages) niedergedrückt wird bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der deutschen Reparationslasten.

Die Sozialisten gegen Painlevé.

Die „Völker Nachrichten“ telegraphieren aus Paris: Die republikanische Union, der Hauptzweig des linken Blocks, hat gestern abend beschlossen, Painlevé grundsätzlich ihre Stimme zu verweigern. Von dem Beschluss des Nationalrates der sozialistischen Partei hängt der Bestand der neuen Regierung ab.

Paris, 3. November. Der Nationalrat der sozialistischen Partei legte mit 1431 gegen 1228 Stimmen ab, dem neuen Kabinett Painlevé das Vertrauen auszusprechen.

Die Regierungserklärung Painlevés.

Paris, 3. November. Nach einer Savasemeldung wird die Regierungserklärung, welcher der Ministerpräsident Montag abend zum ersten Mal, das Finanzproblem die erste Stelle einnehmen. Die Regierung werde sich bemühen, das Gleichgewicht des Budgets zu sichern durch Amortisierung der öffentlichen Schuld, welche eine bestimmte Anzahl von Jahren hindurch jeder Art von Vermögen Opfer auferlegen werde.

Sie wird ferner die Verhandlungen über die Regelung der Schulden an Amerika und England erwidern, die im Geiste der Billigkeit und der Verhältnismäßigkeit fortgesetzt werden sollen.

Schließlich wird die Regierungserklärung die Zustimmung zu der Gesetzesvorlage betreffend die Sozialversicherung und die Verminderung der Militärrenten auf neun Jahre fordern.

Sie wird daran erinnern, das Frankreich für den Weltfrieden nicht verantwortlich ist (1) und es einzig allein von Abd el Krim abhängt, ihn zu beenden. Die Lage habe sich soweit gebessert, das wenigstens ein Teil der Truppen nach Frankreich zurückberufen werden könnte. Die Regierung werde das Werk der internationalen Ermächtigung, welches die Konferenz von Locarno sehr glücklich gefördert habe, fortsetzen.

Ueber das finanzielle und innenpolitische Reformproblem: Kapitalfrage oder nicht, scheint demnach die Regierungserklärung nichts oder nur unbestimmte Angaben zu enthalten. Daraus dürfte sich die ablehnende Haltung der Sozialisten erklären, die unbedingt eine Kapitalfrage verlangen.

Die Opposition der Sozialisten macht das Verschleiden des Kabinetts Painlevé außerordentlich ansehbar.

Ein Wechsel in der englischen Regierung und Bildung einer neuen sozialistischen Regierung würde dagegen für uns bedeuten:

1. Aussichts auf wirkliche Friedenspolitik durch Förderung der allgemeinen Erziehung.

2. Außenpolitische Gleichberechtigung Deutschlands infolge Abkehr von der Militärpolitik Frankreichs.

3. Aussichts auf Beilegung der Damesachen und auf internationale Regelung der Schuldfrage. Aussichts auf weitestgehende Befreiung der englischen Schutzpolitik und damit auf größere Freiheit des deutsch-englischen Handels.

Insoweit die englischen Sozialisten im Fall einer Regierungsumbildung ihre für Deutschland günstigeres Programm wirklich durchführen werden, bliebe allerdings abzuwarten. Aber besser als mit der konservativen Regierung jänden wir zu England auf jeden Fall.

Für die Frage der Locarnoverträge ist wichtig, das bis heute die englischen Sozialisten sich noch nicht endgültig für Locarno ausgesprochen haben. monatelang der stark anfängliche Widerstand nachließ. Ihr Hauptbedenken richtet sich gegen die Verpflichtung zu einer evtl. militärischen Intervention im Fall eines Krieges zwischen Frankreich und Deutschland. (Das England uns im Fall eines Krieges mit Polen und der Tschechoslowakei Militärhilfe leisten würde, muß als ausschlaggebend gelten). Die Abweisung gegen die Militärintervention die der Wert des ganzen Sicherheitspaketes für uns illusorisch machte, da die eigenwilligen Politik Mussolinis nahezu wertlos ist — erklärt sich aus der grundsätzlichen antimilitaristischen Einstellung der englischen Sozialisten.

Sobald man, das nicht nur in England, sondern auch in Frankreich ein starker Aufwind nach links unzerkennbar ist, lo ergibt sich für uns mit Notwendigkeit die Frage, ob wir nicht heute schon weitestgehende günstigeren Bedingungen als in den Locarnoverträgen herauslösen könnten, um wichtige Sicherheiten zu erhalten.

Dr. H. Elze.

Die italienischen Schulden an Amerika

Anfang der italienischen Schuldentommission, Coolidge's Finanzpolitik.

Die italienische Kommission zur Konfliktlösung der Kriegsschulden Italiens ist unter Führung des Finanzministers Grafen Bolpi in Washington angekommen. Der Vizepräsident der Londoner „Morning Post“ meldet, das die Kommission die Eintreffens der italienischen Schuldentommission.

Nachrichten aus ihrer guten Quelle hegen, das Coolidge den amerikanischen Kredit immer härter dazu benutze, um die Schanden gegenüber Frankreich, Italien und anderen Schuldnerstaaten Amerikas auszuheben. Er habe die Bankiers verhöhnt, das er Darlehen nicht nur der Regierung, sondern auch an Gemeinden und Privatunternehmungen mache, die ihren Verpflichtungen gegenüber Amerika nicht genügen, mößigten.

Zum Durchtransport türkischer Truppen durch syrisches Gebiet.

„Agence Sanaa“ berichtet, weist man in französischen diplomatischen Kreisen darauf hin, das der Durchtransport türkischer Truppen durch syrisches Gebiet, den englische Zeitungen gemeldet haben, auf Grund früherer mit der Regierung von Ankara getroffener Abkommen vorgenommen worden sei. Es sei dies bereits mehrfach geschehen. Der eigentliche Schienenweg, der für den Transport türkischer Truppen nach Mesopotamien in Frage komme, gehe nämlich zum Teil durch französisches Mandatsgebiet.

Londoner Meldungen aus arabischer Quelle belagen, das in Palästina anjählichen Traber zum Bruch gegen die Vorkurschicht in Damaskus in den letzten Jahren und unter das Jahr ein Kleinrieg zwischen arabischen und türkischen Truppen zwischen Homs und Damaskus ausbrach.

Der „Manchester Guardian“ meldet aus Jerusalem: Die Regierung von Palästina hat eine Protestation gegen Frankreich verboten. Trotzdem soll ein Sympathiebrief durchgehen.

Die Londoner „Times“ melden aus Jerusalem: Die Franzosen haben sich Damaskus von neuem bemächtigt. Die Stadt wird wieder besetzt sein. Der Vertreter der Londoner „Times“ in Tanger berichtet, die Nachrichten aus Damaskus hätten großen Eindruck auf die Eingeborenen gemacht und werde von den Ritz- und Dschakalenteilen zweifellos zur Propaganda benutzt werden.

Wie Caillaux fiel.

Ein Bild hinter die Kulissen des französischen Parlamentarismus.

(Von unserem Pariser Korrespondenten.)

Die unheimliche Herrschaft Caillaux' im französischen Finanzministerium und sein gewalttätiger Abgang ist in der Nähe derart ein parlamentarischer Film von außergewöhnlicher Spannung und außerordentlichen Wertungen, die allerdings im Publikum nicht bekannt sind. Nichts desto weniger sind sie sehr charakteristisch für die gegenwärtigen Verhältnisse als auch für das parlamentarische Kämpfspiel überhaupt. Hier seine Einzelheiten.

Der Fall Caillaux' war im Grunde bereits im Juli beschlossene Sache, als die notwendige Abstimmung am 1. Juli in der französischen Kammer stattfand, in der plötzlich das Ministerkabinett gesprengt war und 3. 2. dem Kabinett Painlevé die Befehlsgewalt verleiht, während gleichzeitig die Rechtsopposition als Leiter der Regierung auftrat.

Die ganze politische Lage schien geübert. Die drei innerpolitischen Wahlen des letzten Jahres hatten alle eine Mehrheit hinter Richtung im Auge gestellt. Da bildete sich, ohne unternommen, in der Kammer ein „Klein-Kabinett“ für eine Zwischenregierung. Ein Paradox. Was war geschehen? Nichts Geringeres, als das Caillaux verlor, hatte, den Vorkurschicht zu sprengen. Es war ausdrücklich im Ministerkabinett beschlossen worden, über die von Caillaux' Kabinett herabgelassenen Finanzprojekte nicht die Vertrauensfrage zu stellen. Caillaux' tat es jedoch gegen die Verabredung, was die tatsächliche Abmilderung eines Teiles der Einkommensteuer bei der Abstimmung zur Folge hatte.

Nach am Abend desselben Tages gingen wichtige Verhandlungen vor sich. Der Vorsitzende des Finanzkomitees der Kammer, ein Sozialist, demissionierte und drei Mitglieder des Kabinetts drohten mit dem Austritt, wenn Caillaux' nicht während der Parlamentsperiode sich entschließen nach links orientierte.

Inzwischen begann der Kampf gegen Caillaux' hinter der Kulissen. Caillaux' aber machte gar keine Anstrengungen, um den Keulen der extremen Dingen zu gefallen. Im Gegenteil entwiderte er, seiner autoritativen Natur entsprechend, eine Kritik und Sarkasmus, die ihm die noch verbleibenden Sympathien gründlich verletzten. Anzüglich sind die Anreden, die über diesen Punkt ergriffen werden. Einige mögen nach, andere falsch sein, aber der Kern der Sache bleibt bestehen.

Caillaux, ehemaliger Chef der Regierung selber, konnte sich nicht auf einen jeglichen Finanzreform beschränken, er wollte die Kammer, die er selbst war, dem Innenminister vor, das er durch seine Haltung die Kommunisten ermutigte, dem Minister de Monzie, seinem erbittertesten Gegner im Kabinett, das er durch seine Sympathien für Russland noch Del ins Feuer stecke und meinte, das einige Jahre später durch die Kammer, die er selbst war, die entscheidende Rolle gespielt.

So kam der radikalsozialistische Parteitag von Nizza heran, auf dem Caillaux' eine letzte Chance geboten werden sollte, er benutze sie nicht, und damit war sein Fall endgültig entschieden. Caillaux' wurde geköpft, die zwischen Caillaux' und Painlevé nicht möglich. Allen Anordnungen eines freiwilligen Austritts gegenüber zeigte er sich laub, und er schied in der Tat die Frage völlig verurteilt zu haben. Denn als er in seiner Stunde abging, unterzeichnete er nicht mehr als grundsätzlicher Gegner einer Vermögensabgabe bekannte, wollte das Kabinett überhaupt nicht mehr die Finanzfrage allein prüfen, sondern nun handelte es sich um die gesamte politische Lage überhaupt.

Wie Caillaux' als Politiker war eine Unentschiedenheit sehr unwahrscheinlich in der Kammer. Das Kabinett aber hatte sich bereits wieder und sehr ausdrücklich nach links orientiert, während Caillaux' schon beinahe als ein Mann der Rechten angesehen wurde. Und nun begann in den letzten Tagen der Krise ein beispiellos persönlicher Kampf, der noch durch das Eingreifen der Banken, von dem gleich die Rede sein wird, dramatischer gemacht wurde. Caillaux' war fest entschlossen, nicht allein zurückzutreten und bei seiner Demission das ganze Kabinett mit hineinzuziehen.

Als das geschah, ergriff sich nach ein feindlicher Zwischenfall. Er hatte das Demissionskommunique nicht unterzeichnet. Was sollte geschehen, wenn seine Unterchrift fehlte. Reichlich war er der alleinige Minister, und tatsächlich unterzeichnete er trotz dem allerersten Augenblick, als schon die Demission der Regierung offiziell bekannt geworden war. Er soll sich das Sonnet über seine Kollegen geleistet haben: Diese Herren leisten sich den Luxus, sich mit Politik zu beschäftigen.

Er selber hat bereits mit Entwürfen über Vermögensabgaben begehrt, und hier treten nun die Bankstörer in Erscheinung. Es wird behauptet, und Caillaux' hat sich zum Strecker dieses Geschäftes gemacht, das eine Bankgruppe ganz offen für neue Inflation und für die Vermögensabgabe ist. Durch Einführung der Vermögensabgabe, lo deutet ihn Spekulation, würden die kleinen Landwirte und Hausbesitzer infolge Kapitalmangel gezwungen werden, Anleihen bei den Banken zur Zahlung der Raten zu suchen.

Dadurch würde eine ganz ausgesprochene Gelegenheit für Spekulation gegeben sein, die schließlich zur Vernichtung des Restes selber führen würde.

